

Bern, 06. Juli 2018

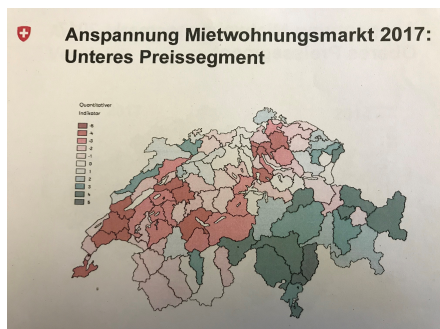
Medienmitteilung

Monitoring des BWO zu Personenfreizügigkeit und Wohnungsmarkt

## **Augenwischerei: Weiterhin angespannte Wohnsituation**

***Nach wie vor bleibt die Lage auf dem Wohnungsmarkt für viele Mieterinnen und Mieter angespannt. In vielen Regionen und Städten herrscht weiterhin Wohnungsmangel. Die Anfangsmieten blieben hoch. Die Probleme sind hausgemacht und der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband (SMV) verlangt mit der Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» gezielte Massnahmen, welche die Situation strukturell verbessern. Die parlamentarische Beratung der Initiative findet im September im Nationalrat statt.***

Das Bundesamt für Wohnungswesen hat heute das jährliche Monitoring zum Thema Personenfreizügigkeit und Wohnungsmarkt publiziert und spricht von einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. Die sogenannte Entspannung auf dem Mietwohnungsmarkt basiert auf gesamtschweizerischen Durchschnittswerten, geht aber an der Realität vieler Mieterinnen und Mieter vorbei, die eine bezahlbare Wohnung suchen. Methodisch wird nur die Veränderung der Preise gegenüber dem Vorjahr und nicht das absolute Preisniveau berücksichtigt. Diese Sicht ist blauäugig. Trotz tieferem Bevölkerungswachstum bleibt die Lage für viele Mieterinnen und Mieter in weiten Teilen der Schweiz nach wie vor angespannt. Wie Zahlen des Bundesamtes selber



zeigen, besteht konkret im unteren Preissegment eine angespannte Situation. Dies betrifft insbesondere das Bassin Lémanique, den Grossraum Zürich, Basel und weite Teile des Mittellandes, wo nach wie vor ein grosser Mangel an bezahlbaren Wohnungen besteht.

Die Betroffenheit ist weiterhin gross: Die Mehrheit der Wohnbevölkerung lebt in Gemeinden mit Wohnungsmangel (Leerwohnungsziffer liegt unter 1.5%). Besonders betroffen sind viele Städte. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband (SMV) verlangt mit der Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» strukturelle Änderungen, damit unabhängig von Konjunkturzyklen mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden, welche insbesondere für Familien und Personen mit mittleren Einkommen zur Verfügung stehen. Das Parlament wird voraussichtlich im September über die Initiative beraten.

**Für weitere Auskünfte:** Carlo Sommaruga, Präsident, 079 221 36 05; Marina Carobbio, Vizepräsidentin, 079 214 61 78; Balthasar Glättli, Vizepräsident, 076 334 33 66; Natalie Imboden, Generalsekretärin, 079 706 62 84